

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

die kurze Frist der Stellungnahme erlaubt es uns leider nicht, eine substantielle und mit den IHKs abgestimmte Stellungnahme zum Referentenentwurf der KSG-Novelle einzureichen. Wir bedauern dies außerordentlich, da mit der Anhebung der Klimaschutzziele und der Verteilung der Reduktionsbeiträge auf die Sektoren erhebliche Auswirkungen (Risiken und Chancen) für die deutsche Wirtschaft verbunden sind. In dieser Form können wir unserer Aufgabe der Bündelung, Abwägung und Vertretung regionaler und sektoraler wirtschaftlicher Interessen im Rahmen des gesetzlichen Auftrages der IHKs nicht angemessen nachkommen.

Besonders kritisch sehen wir, dass die Zielanhebung nicht mit den für die Zielerreichung notwendigen Maßnahmenplänen hinterlegt ist und auf eine Folgenabschätzung gänzlich verzichtet worden ist. Im Rahmen der nationalen Umsetzung der mit dem EU-Klimaschutzgesetz vereinbarten Klimaschutzziele und der durch das BVerfG gesetzten Frist zur Anpassung des Bundes-KSG wäre ausreichend Zeit für eine fundierte Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen unter Berücksichtigung auch ihrer Auswirkungen auf die Unternehmen und eine entsprechende Aufteilung der Reduktionsbeiträge auf die Sektoren gewesen.

Zur Diskussion über die Anhebung der Klimaschutzziele verweisen wir auf unsere Stellungnahme zum Green Deal vom Juni 2020 (Anhang) und möchten zugleich die Wichtigkeit eines international, zumindest aber europäisch abgestimmten Vorgehens betonen. Ein Ungleichgewicht der Ambitionen erfordert nicht nur umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Die fehlende Perspektive zur Bedienung und Erschließung globaler Märkte verhindert auch, dass die für den Klimaschutz notwendigen Investitionen getätigt werden.

Gerne würden wir mit Ihnen in den kommenden Monaten zu einem vertieften Austausch darüber kommen, welche Rahmenbedingungen (Planungssicherheit, Perspektiven zum Bezug klimaneutraler Energieträger zu erschwinglichen Preisen, Beschleunigung Planungs- und Genehmigungsverfahren, Unternehmensbesteuerung, (digitale) Infrastruktur, berufliche Bildung, Zugang zu Kapital,...) Unternehmen – gerade auch KMU – benötigen, um im erforderlichen Maße in Klimaschutz zu investieren.

Freundliche Grüße

[REDACTED]
Bereich Energie, Umwelt, Industrie
Referatsleiter Klimapolitik, Energie- und Umweltmanagement

DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Breite Straße 29 | 10178 Berlin

Tel [REDACTED]
Fax [REDACTED]
Mobil [REDACTED]
E-Mail [REDACTED] | www.dihk.de